

## **Regierungschef Bayrou: Wo biste? Na, inne Kiste!** **Frankreich steht vor einem Regierungssturz (durch das Parlament)** **und Protesten auf der Straße**

Keine Hochzeit, aber eine Beerdigung: In Frankreich dürfte die Regierung von Premierminister François Bayrou bei Veröffentlichung dieses Artikels ihre letzten Stunden erleben. Allgemein wird – Links, Rechts, oben, unten und dazwischen – mit ihrer Niederlage bei der Vertrauensabstimmung am heutigen Montag, den 08. September gerechnet. Das Ergebnis wird gegen 19 Uhr an diesem Montag erwartet.

Völlig überrascht hat Frankreichs christdemokratischer Premierminister François Bayrou bei einer Pressekonferenz am Nachmittag des Montag, den 25. August d.J. eine Vertrauensabstimmung für den heutigen 08. September angekündigt. Nun wird in sämtlichen politischen Lagern damit gerechnet, dass er diese verliert.

Was also animierte ihn zu seinem politischen „Pokerspiel“, wie mehrere französische Medien es am darauffolgenden Tag gleichlautend nannten? Darüber wurde spekuliert. Es könnte sein, dass er darauf hoffte, der rechte Parteiflügel des tief gespaltenen Parti Socialiste (PS) - welcher vor allem gegen Bündnisse mit der linkspopulistischen Wahlplattform La France insoumise (LFI, „Das unbeugsame Frankreich“) Sturm läuft - aus Abneigung gegen eine gemeinsame Abstimmung der parlamentarischen Linken sich mindestens zur Stimmenthaltung durchringen werde.

Dies könnte passieren, wird aber stimmenmäßig nicht ausreichen. Denn bei der heutigen Abstimmung müssen François Bayrou und seine Regierung eine rechnerisch positive Mehrheit unter den abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen erzielen; Stimmenthaltungen werden bei einer Abstimmung dieses Typs (anders als bei der Einbringung von Misstrauensvoten der Opposition) nicht mitgezählt, helfen also dieses Mal nicht, das Ergebnis zu verbessern.

Es könnte auch gut sein, dass er taktisch darauf setzte, der rechtsextreme Rassemblement national (RN) – der bislang Bayrou durch seine Enthaltung bei acht parlamentarischen Misstrauensvoten in der Nationalversammlung seit seinem Amtsantritt im Dezember 2024 rettete, denn dabei werden, siehe oben, Stimmenthaltungen mitgezählt – werde sich erneut enthalten. Neben inhaltlichen Zugeständnissen an die rechtsextreme Oppositionsfraktion, auch solchen wirklich schmutziger Art zuletzt Bayrous Ankündigung zur Einschränkung der Kranken-Absicherung für „illegal“ in Frankreich sich aufhaltende und arbeitende Ausländer/innen /// <https://www.lefigaro.fr/conjoncture/reduire-l-aide-medicale-de-l-etat-le-va-tout-de-francois-bayrou-pour-seduire-le-rn-20250905> ///, spielte dabei noch ein weiteres Kalkül eine Rolle: Die frühere Partei- und jetzige Fraktionschefin des RN, Marine Le Pen, würde bei einer prinzipiell möglichen Auflösung der Nationalversammlung durch Staatspräsident Emmanuel Macron infolge eines Regierungsturzes derzeit nicht wieder zur (Wieder-)Wahl antreten können. Denn Le Pen wurde am 31. März 2025 in Paris u.a. zu einem fünfjährigen Vollzug des passiven Wahlrechts verurteilt, infolge des Schuldspruchs in dem Mammutverfahren zur Zweckentfremdung von vier Millionen Euro Fraktionsmitteln durch Europaabgeordnete des früheren Front National (RN) und jetzigen RN im Europäischen Parlament. Das Gericht setzte den sofortigen Vollzug dieses Teil der Strafe an - dagegen wurde etwa die vierjährige Haftstrafe (eine Mischung aus Bewährungsstrafe und Freiheitsentzug unter elektronischer Fußfessel noch nicht rechtskräftig, in Erwartung des Berufungsverfahrens. Dessen Datum, das

des Berufungsprozesses, soll übrigens ebenfalls am heutigen Montag, den 08. September (nach Redaktionsschluss) festgelegt werden. /// LETZTE MINUTE: Der o.g. Prozess wird vom 13. Januar bis 12. Februar 26 stattfinden:

[https://www.franceinfo.fr/politique/front-national/affaire-des-assistants-fn-au-parlement-europeen/le-proces-en-appel-de-marine-le-pen-aura-lieu-du-13-janvier-au-12-fevrier-2026-dans-l-affaire-des-assistants-parlementaires-europeens-du-front-national\\_7480420.html](https://www.franceinfo.fr/politique/front-national/affaire-des-assistants-fn-au-parlement-europeen/le-proces-en-appel-de-marine-le-pen-aura-lieu-du-13-janvier-au-12-fevrier-2026-dans-l-affaire-des-assistants-parlementaires-europeens-du-front-national_7480420.html) ///

Bayrou spekulierte mutmaßlich darauf, der Wahlrechtsentzug und daraus (bei einer vorgezogenen Neuwahl) resultierende Mandatsverlust für Marine Le Pen werde diese dazu motivieren, keinerlei Risiko einer Parlamentsauflösung einzugehen – so lange die „alte“ Nationalversammlung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung zusammentritt, behält sie noch ihr Mandat, das erst bei der nächsten Wahl verloren geht. Dagegen setzte Marine Le Pen allerdings ein gegenläufiges Kalkül: Wird die Nationalversammlung aufgelöst, dann reicht sie ihre Kandidatur zur Neuwahl ein. Und falls die zuständige Präfektur (Behörde) im Namen ihrer Rechtsaufsicht diese dann für ungültig erklärt, wird sie den **Conseil constitutionnel** – das Verfassungsgericht – in einem dann durch den „dringenden Klärungsbedarf“ gerechtfertigten Eilverfahren anrufen. Dadurch könnte sie die Verfassungsrichter zu einer Eilentscheidung zu ihrem Wahlrechtsentzug zwingen; ansonsten könnte es erst in Jahren zu einem höchstrichterlichen Spruch kommen. Auf diesem Wege glaubt Marine Le Pen, die Dinge beschleunigen und – erhofft sie – das juristische Hindernis auf dem Weg zu ihrer künftigen Präsidentschaftskandidatur frühzeitig aus dem Weg räumen zu können. Zugleich verkauft sie ihr Vorgehen jedoch in der Öffentlichkeit, und dies ist ein geschickter PR-Zug, als Beweis besonders uneigennützig: In Namen der Interessen des Volkes und dem der Nation, tönte sie ihrer (von TV-Sendern live übertragen) Rede in ihrem Wahlkreis Hénin-Beaumont vom gestrigen Sonntag, den 07. September 25, sei sie bereit, auf ihre Mandate zu verzichten. Auf ihren persönlichen Komfort komme es den Kämpfer/innen für Volk und Nation von ihrem Schlage und ihrer Partei nämlich nicht an. Gut gebrüllt, Löwin. /// [https://www.bfmtv.com/politique/front-national/video-rentree-politique-le-discours-de-marine-le-pen-a-henin-beaumont-en-integralite\\_VN-202509070181.html](https://www.bfmtv.com/politique/front-national/video-rentree-politique-le-discours-de-marine-le-pen-a-henin-beaumont-en-integralite_VN-202509070181.html) ///

Vielleicht suchte Bayrou aber auch nur nach einem in seinen Augen „ehrvollen“ Abgang, nachdem er der Bourgeoisie gezeigt hat, wie es gehen könnte, falls sie sich in näherer Zukunft zu einer härteren Gangart auch außerhalb bisheriger bürgerlich-demokratischer Spielregeln, Kompromisse und Konventionen entschließt.

Die Motive der Opposition gegen die Bayrou-Regierung und ihren geplante Sparhaushalt sind dabei einander zum Teil diametral entgegengesetzt: LFI und PS möchten den maroden Staatshaushalt durch höhere Steuern für Unternehmen und Vermögende sanieren; der RN dagegen noch radikaler einsparen, allerdings Verzicht und Opfer vorrangig auf „Ausländer“ lenken sowie EU-Beiträge und Entwicklungshilfe senken. Einigkeit besteht auf den so unterschiedlichen Seiten nur darüber, dass man sich gegen die von Bayrou geplante Streichung zweier gesetzlicher Feiertage (Ostermontag und 08. Mai, in Frankreich bislang Feiertag im Gedenken an 1945) stemmt, und zwar im einen Lager im Namen des Rechts der Lohnabhängigen auf Erholung und Gesundheit, im anderen zum Schutz französischer Traditionen.

Spekulativ bleibt derzeit, wie es in der französischen Innenpolitik unmittelbar weitergeht. Denn das Heft des Handelns liegt nun in den Händen von Staatspräsident Emmanuel Macron. Als möglich gelten folgende Varianten:

- Eine erneute vorzeitige Auflösung des Parlaments (nach jener vom Juni 2024);
- Die Ernennung einer Regierung des Parti Socialiste (PS), auf dass sie Sozialdemokratie sich durchwurschteln und mit den „notwendigen Einsparungen“ im Namen der gestiegenen Staatsverschuldung zurechtkommen müsse, in einer Regierung auf Abruf, da sie auf eine Tolerierung durch Konservative und Wirtschaftsliberale angewiesen wäre;
- Die Einsetzung einer Regierung des rechtsextremen RN, vielleicht auch in der Hoffnung, dessen Dynamik möge sie durch die Übernahme solcher „Regierungsverantwortung“ bis zur nächsten Präsidentschaftswahl vom Frühjahr 2027 abnutzen. Eine solche Option gilt inzwischen tatsächlich als realistisch, während sie noch wenigen Jahren in allerbreitesten Kreisen als absoluter Schadensfall für die Republik gegolten hätte. Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy sprach sich etwa in der Tageszeitung *Le Figaro* vom 03. September 25 zugleich für Neuwahlen aus und für eine eventuelle Regierungsübertragung an den RN, welcher auch zum „republikanischen Bogen“ oder Verfassungsbogen (der staatstragenden Parteien) zu rechnen sei.

Hingegen sprechen sich die linkspopulistische Wahlplattform LFI, der neofaschistische RN, inzwischen aber auch Teile der gespaltenen Konservativen (wie etwa Jean-François Copé) für einen Rücktritt von Emmanuel Macron und eine vorgezogene Präsidentschaftswahl aus. Diese müsste in einem solchen Falle innerhalb von 35 Tagen stattfinden. Bisher sieht es danach allerdings nicht aus. Macron hat einen solchen Schritt jedenfalls stets, auch vor wenigen Tagen, explizit abgelehnt.

## **Gewerkschaften**

Nicht einmal die CFDT-Spitze vermochte François Bayrou bei seinen letzten Schritten einzulullen.

Am Nachmittag des Dienstag, den 26. August sollte der damals (noch) amtierende, christdemokratische Premierminister, welcher am Vortag seine Vertrauensabstimmung für heute anberaumt hatte, anlässlich der Sommerend-Akademie des Gewerkschaftsdachverbands CFDT im Pariser Gewerkschaftshaus auftreten. Was einen Skandal an und für sich darstellt.

Die CFDT bildet den derzeit formal mitgliederstärksten Dachverband in Frankreich knapp vor dem historisch ältesten (und weitaus linken) in Gestalt der CGT. Allerdings diskutierten die CGT, die Basisgewerkschaften der Union syndicale Solidaires sowie Bildungs-Branchengewerkschaft FSU seit Monaten über ihren Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Verband, der dann die CFDT wiederum deutlich überflügeln würde. Bereits seit der erst sozialdemokratischen, dann pro-neoliberalen Wende dieses Dachverbands in den 80er Jahren ist die CFDT jedenfalls in ihrem Apparat und ihren Führungsetagen stark „sozialpartnerschaftlich“ geprägt und trug mehrere beschäftigtenfeindliche „Reformen“ früherer Regierungen mit – wie 1995 und 2003 bei den Renten, allerdings nicht die jüngste Rentenreform von 2023, gegen die sie opponierte.

Besonders nach den jüngsten Austeritätsbeschlüssen der Bayrou-Regierung sowie der Pressekonferenz des Premiers vom Vortag (den 25. August), bei der diese nochmals ausdrücklich bekräftigte, wuchs jedoch der Druck auf das Gewerkschaftshaus.

Gemeinsam wollten CGT, Solidaires, FSU und noch ein weiterer Dachverband, Force Ouvrière (FO), vor dessen Türen gegen Bayrou und dessen Einladung durch die CFDT demonstrieren. /// <https://paris-luttes.info/mardi-26-aout-a-15h-on-va-chercher-19803> /// Linksradikale Gruppen schlugen auf Flugblättern schärfere Töne an und buchstabierten das Kürzel nun anders durch, mit **C'est fini de trahir** (Nun ist Schluss mit dem Verraten).

Flugs wurde das Treffen, das nun auch die CFDT-Spitze zumindest an diesem Ort als inopportun einzustufen begann, aber nicht absagen mochte, verlegt.

/// <https://www.lecanardenchaîne.fr/politique/51661-la-cfdt-exfiltre-bayrou-dans-lessonne>

/// Es fand nun auf dem Schloss Bierville, das im Eigentum der CFDT steht und ihr bisweilen als Bildungszentrum dient, 56 Kilometer südlich von Paris statt. Was seinen ungestörten Ablauf garantieren sollte. Unterdessen blieb die Demonstration auf der place de la République in Paris, nahe am Gewerkschaftshaus, infolge der Absage faktisch aus.

Nicht einmal die ausgesprochen „sozialpartnerschafts“freundliche CFDT-Dachverbandsführung war jedoch, dem Vernehmen nach, infolge des gemeinsamen Stelldicheins auf dem Schloss von Bayrou überzeugt. /// <https://www.la-croix.com/economie/budget-francois-bayrou-peine-a-convaincre-la-cfdt-20250826> /// Dieser war auch unmittelbar nach seiner Ansprache wieder abgezogen und hatte sich keiner Diskussion gestellt. Das ging denn doch zu weit.

Nun ruft auch die CFDT gemeinsam mit anderen – im Vergleich zu ihr meist linkeren – Gewerkschaftsdachverbänden und -zusammenschlüssen, zunächst mit Ausnahme jenes der leitenden Angestellten (d.i. die CFE-CCG, doch auch diese scheint sich angeschlossen zu haben: <https://www.cfecgc.org/actualites/18-septembre-mobilisation-intersyndicale-pour-defendre-le-monde-du-travail> ), zu einem gemeinsamen „Aktionstag“ am 18. September d.J. auf. Ausführlicheres dazu unten.

## **Gelbwesten, die Zwote?**

Wenn der Weltgeist zwei mal klingelt: Kann es gelingen, zwei mal im Abstand von ein paar Jahren einen identischen Protest in identischen Bewegungsformen hervorzubringen? Davon träumen jedenfalls seit dem Hochsommer einige Protagonisten bei den so genannten neuen sozialen Medien, die felsenfest daran glauben, eine Bewegung ähnlich der der „Gelbwesten“ vom Herbst 2018 und Winter/Frühjahr 2019 ins Leben rufen zu können. Die Nagelprobe dafür soll am diesem Mittwoch, also am 10. September stattfinden.

Dass dies genau so gelingt, ist höchst unwahrscheinlich. Schon Karl Marx wusste, dass Geschichte sich so gut wie nie in gleichbleibender Form und mit gleichbleibendem Inhalt wiederholt, weil die Akteure beim zweiten Mal ihre je eigenen Lehren aus dem vorigen Versuch gezogen und sich auf die bisherige Konstellation bereits eingestellt haben. Daher der berühmte Ausspruch von der Tragödie und der Farce.

Die „Gelbwesten“ ///vgl. dazu u.a. <https://www.labournet.de/?p=148967> /// waren eine zunächst durch Facebook- und Youtube-Mobilisierungsvideos entfachte Protestbewegung, die erstmals am 17. November 2018 und danach - Monate hindurch – jeden Samstag auf die Straße ging, Verkehrskreisel blockierte oder durch Innenstädte von kleineren und mittelgroßen Ballungszentren stapfte. Den Anlass zu ihrer

Entstehung bildete eine Erhöhung der Benzinsteuern. Die ersten Kristallisationskerne des Protests waren reaktionär bis faschistisch, waren von mittelständischem Anti-Steuer-Protest in der schlechten Tradition des „Poujadismus“ der 1950er Jahre und zum Teil von einer „freie Fahrt für freie Bürger“-Mentalität geprägt. Die frühe bretonische Gallionsfigur Jaelle Mouraud wurde 2021/22 zur Beraterin des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour, dessen Kleinpartei Reconquête sie mittlerweile den Rücken kehrte.

Allerdings entglitt diesen Kreisen jedoch schnell die Dynamik des Protests. Vor allem in westfranzösischen Großstädten wie Rennes, Nantes und Toulouse waren die Demonstrationen alsbald gewerkschaftlich geprägt, und Teilnehmer aus den Reihen von Beschäftigtenorganisationen oder aus der Linken thematisierten eher die Forderung nach „Steuergerechtigkeit“ – im Sinne stärkerer Einkommensproportionalität, statt einkommensunabhängiger Verbrauchssteuern - statt der generellen Ablehnung von Steuern. Diese unter dem Strich positive Verschiebung der Dynamik wiederum könnte sich nun wiederholen.

Denn zunächst hatten bereits im Juni d.J. einzelne Telegramkanäle und Webseiten, die von Verschwörungsgläubigen – als erste war ein Kneipenbesitzer in Nordostfrankreich zur Stelle – zu einem Protesttag am 10. September aufgerufen. Die Appelle wurden nur von wenigen Hundert Menschen aufgerufen. Nachdem Premierminister François Bayrou dann am 15. Juli eine Rede hielt und gravierende soziale Einschnitte ankündigte <https://jungle.world/artikel/2025/30/frankreich-sparhaushalt-urlaubsanspruch-arbeiten-am-8-mai> ///, begann eine zunächst virtuelle, nun alsbald auch im wirklichen Leben stattfindende Protestlawine zu rollen.

Vielfach wurden nun das Protestdatum, der 10. September d.J. – übermorgen, Mittwoch -, sowie der generelle **Slogan „Lasst uns Alles blockieren!“ (Bloquons tout)** aufgegriffen. Oft ohne die Hintergründe der ersten Aufrufer, die diese Referenzen benutzt hatten, zu kennen. Die ersten Organisatoren im Internet aus der Zeit von vor Bayrous Ansprache erklärten im Übrigen in der darauffolgenden Woche, dass sie sich zurückzögen – weil sie die Leute, die sich nun den Aufruf zum Protestieren zu eigen machten, nicht kennen würden.

Im Übrigen unterschieden und unterscheiden sich auch die anvisierten Aktionsformen: Eher rechte Onlinegruppen riefen eher zum Konsumboykott rund um den 10. September auf, dazu, an dem Tag nirgendwo Geld auszugeben und die Kinder zu Hause zu behalten, statt sie in die Schule zu schicken. Umgekehrt riefen eher linke Plattformen wie **Indignons-nous!** (Lasst uns uns empören) zum aktiven Einmischen, Demonstrieren und Streiken statt zum Rückzug in die Privatsphäre auf. Aller Voraussicht nach wird an diesem Tag nun einfach beides stattfinden: Die Einen werden ihre Kreditkarten stecken lassen, die anderen eher demonstrieren... Nur wird die erstgenannte Protestform vielleicht weniger öffentliche Spuren hinterlassen als die letztgenannte...

Im Laufe des diesjährigen August riefen zunächst einige Branchenverbände des politisch schillernden, drittstärksten Gewerkschaftsdachverbands in Frankreich, Force Ouvrière (FO, historisch aus einer antikommunistischen Abspaltung der CGT hervorgegangen), dann in der zweiten Hälfte des Monats auch mehrere Branchen der deutlich linken CGT wie Chemie und Handel sowie die Union syndicale Solidaires, der Zusammenschluss linksalternativer Basisgewerkschaften – die meist unter dem Kürzel SUD bekannt wurden – als Ganze dazu auf, an eben diesem 10. September zu

streiken. Dadurch sollten die Haushaltspläne François Bayrous und etwa seine Vorhaben, den Lohnabhängigen zwei gesetzliche Feiertage zu streichen oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu reduzieren und viel schärfer zu kontrollieren, zu Fall gebracht werden. Nach wie vor existieren parallel dazu wesentlich rechtere, und eher auf andere Aktionsformen wie Konsumboykott statt Streiks und Demonstrationen ausgerichtete Aufrufe.

Vor nunmehr fast sieben Jahren hatten die damaligen „Gelbwesten“ ihrerseits eine Mischung aus nebeneinander stehenden, höchst unterschiedlichen Ansätzen dargestellt.

Allerdings konstatiert der Politikwissenschaftler Antoine Bristielle, der in diversen WhatsApp-Gruppen zur Genese der jetzt sich anbahnenden Proteste forschte, in *Le Monde*, „**nur 27 Prozent**“ der an ihrer Vorbereitung Beteiligten wiesen einen Zusammenhang zu den früheren Gelbwesten auf, die „überwiegende Mehrheit“ komme hingegen eher aus dem Umfeld der radikalen Linken.

Solche Ergebnisse wurden inzwischen auch durch demoskopische Messungen bestätigt. Eine Umfrage der der Sozialdemokratie nahe stehenden Jean Jaurès-Stiftung etwa ergibt, dass 69 % der an den Protesten vom Mittwoch interessierten Personen bei der Präsidentschaftswahl 2022 im ersten Durchgang den Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon wählen. /// Vgl. <https://www.lexpress.fr/societe/bloquons-tout-le-10-septembre-un-mouvement-ancre-tres-a-gauche-KYERWWXGMNGV7DZSCJLE64AAAM/> ///

Dieser rief in der vorletzten Augustwoche auch selbst zur Teilnahme an den Protesten von **Bloquons tout!** auf. Was wiederum widersprüchliche Wirkung entfalten kann: Es verankert den Protest eher links (wie immer man auch die Rolle des, innerparteilich gern als Monarch auftretenden, Mélenchon innerhalb der Linken ansonsten bewertet!), stößt aber eventuell auch Menschen ab, die nun eine parteipolitische Überformung des Protests befürchten. Von konservativer Seite wiederum wird stark darauf abgestellt, den Protest an diesem Mittwoch als Ausfluss des Agierens von Mélenchon und Unterstützer/inne/n darzustellen und ihn darauf zu reduzieren (vgl. : [https://www.lepoint.fr/politique/bloquons-tout-les-pro-melenchon-derriere-l-appel-a-l-arret-total-01-09-2025-2597486\\_20.php](https://www.lepoint.fr/politique/bloquons-tout-les-pro-melenchon-derriere-l-appel-a-l-arret-total-01-09-2025-2597486_20.php) ); während Abgeordnete des Macron-Lagers bei TV-Debatte eher darauf abstellen, eine angebliche russische Hand hinter dem Protest zu wittern, weil die ersten Protestaufrufe (auch die aus dem Verschwörungsgläubigen-Lager) auch auf einschlägig in Russland beherbergten Webseiten zu finden waren....

Kehren wir zu den ersten demoskopischen Auswertungen zurück: Das interessante Publikum ist demnach mehrheitlich eher urban, eher gebildet bis hoch gebildet, und eher jung: 39 % der Unterstützenden sind demnach zwischen 18 und 35 Jahre, weitere 19 % demnach 35 bis 44 Jahre jung.

Dies ist ein insgesamt wesentlich anders Profil als zu Zeiten der „Gelbwesten“ 2018/19, deren Profil weitaus kleinstädtischer, weitaus weniger eindeutig links war und einen weniger hohen Bildungsstand aufwies.

Geographisch zählt zu den Schwerpunkten namentlich die Bretagne /// [https://www.bfmtv.com/rennes/en-bretagne-les-anciens-gilets-jaunes-scrutent-avec-interet-le-mouvement-du-10-septembre\\_AD-202509080445.html](https://www.bfmtv.com/rennes/en-bretagne-les-anciens-gilets-jaunes-scrutent-avec-interet-le-mouvement-du-10-septembre_AD-202509080445.html) ///, neben der Pariser

Region, wo bereits mehrere Vorbereitungsversammlungen stattfinden, etwa am gestrigen Sonntag Abend mit 800 bis 1.000 Personen unter freiem Himmel im Quartier Les Halles.

### **Aufruf(e) der Gewerkschaften: 10. September? Oder 18. September? Oder beide...?**

Die bedeutendsten Gewerkschaftsdachverbände wiederum, die in ihrem Zusammenschluss **intersyndicale** tagen, beschlossen ihrerseits einen gemeinsamen Streikaufruf nicht für den 10., aber für den 18. September d.J. /// Vgl. bspw. <https://www.humanite.fr/social-et-economie/10-septembre/appele-a-la-greve-mobilisation-du-10-septembre-bataille-contre-le-budget-bayrou-lintersyndicale-se-reunit-pour-frapper-fort> und : <https://www.tf1info.fr/societe/crise-politique-l-intersyndicale-lance-un-appel-a-la-mobilisation-greve-le-18-septembre-2391505.html> ///

Die CGT im öffentlichen Dienst ruft allerdings zu Arbeitsniederlegungen an beiden Tagen auf, sowohl am 10. Als auch am 18. September. /// [https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/09/01/la-cgt-appelle-la-fonction-publique-a-la-greve-les-10-et-18-septembre\\_6638031\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/09/01/la-cgt-appelle-la-fonction-publique-a-la-greve-les-10-et-18-septembre_6638031_823448.html) ///

Auch in den öffentlichen Transportmitteln wird bereits für den 10. September zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Derzeit rechnen staatliche Dienste und Leitmedien allerdings mit eher geringen streikbedingten Auswirkungen auf die Transportdienstleistungen, sondern eher mit Sabotageaktionen. /// [https://rmc.bfmtv.com/actualites/societe/transports/10-septembre-traffic-peu-perturbe-dans-les-transports-crainte-de-sabotages-a-quoi-faut-il-s-attendre\\_AV-202509080140.html](https://rmc.bfmtv.com/actualites/societe/transports/10-septembre-traffic-peu-perturbe-dans-les-transports-crainte-de-sabotages-a-quoi-faut-il-s-attendre_AV-202509080140.html) ///

Abzuwarten bleibt zum jetzigen Zeitpunkt, ob die Abfolge zweier Daten den Protest hochschauelt oder aber schwächt, weil beide „Aktionstage“ sich Konkurrenz bereiten. In jüngerer Vergangenheit waren bei unterschiedlichen Protestbewegungen, je nach Dynamik, beide Phänomene zu beobachten.

Und: Labournet labert net nett herum, sondern wird seine Leser/innen ausführlich, engagiert und faktenorientiert informieren!

### ***Artikel von Bernard Schmid vom 8.9.2025***

Voraus ging am 15. Juli die Verkündung eines gewaltigen Austeritäts-Maßnahmenpakets /// <https://www.jungewelt.de/artikel/504155.frankreich-kanonen-ohne-butter.html?sstr=bayrou%7Cschmid> /// durch ebendiesen Bayrou, das auf Ablehnung auf breiter Front stieß. - Der Autor schrieb zum Thema unter anderem in der Tageszeitung **junge Welt** vom 17. Juli 25 (zum Sparpaket) und vom 27. August 25 (zur Ankündigung der Vertrauensabstimmung) sowie in der Wochenzeitung **Jungle World** vom 04. September 25, dort besonders zu den **Bloquons tout**-Aufrufen zum Protest.

***Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Auch in Frankreich setzen die Budgetkürzungen für die Finanzierung des Militärhaushalts tief an, ganz tief... auf der Karriereleiter](#)***